

Die Internationalität und der Krieg

V. Rechte Wienzeile 97.

Stadt-Expedition und kleiner Anzeiger: I. Schülerstraße Nr. 13.

Telephon: Redaktion 880, Administration 900, Internat.-Annahme 900, Stadteredit u. kleiner Anzeiger 9191, Filiale II 40228, X 58244, XIII 58126, XVI 54146, XVII 54206

Telegramm-Adresse: Arbeiterzeitung Wien, Volksparlaments-Schiedsamt Nr. 19210.

Interate übernehmen: Bod & Dersfeld, G. Braun, A. Danneberg, M. Dufes, Gaalenstein & Vogler, R. Woffe, A. Rasael, D. Schalel in Wien sowie alle Anzeigen-Bureaus des In und Auslandes.

Arbeiter = Zeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Wöchentlich 50 H., monatl. K 2.20, vierteljähr. K 6.60, zum Abholen in den Filialen, in allen Zabl-Praktiken und Verschleißstellen: Wöchentlich K 2.20.

Einzelne Exemplare 8 Heller.

Provinz und Ungarn: Monatl. K 2.60, vierteljähr. K 7.50

bei freier Anstufung durch die Post.

Einzelne Exemplare 10 Heller

Deutschland: Vierteljähr. K 10.-

für alle anderen dem Westpostverein angehö. Länder: Viertel. K 11.50.

Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:

I. Schülerstraße 13, Telephon 9191, II. Baumgartengasse 50, Tel. 40228, X. Wienlandplatz 5, Telephon 58244, XIII. Fenslgasse 49, Tel. 58126, XVII. Klausgasse 24, Telephon 54146, XVII. Sadnaga, 22, Tel. Stelle 54206.

Für die an fremde Anzeiger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

Offene Reklamationen sind vorzuziehen.

Nr. 336.

Wien, Freitag, 4. Dezember 1914.

XXVI. Jahrgang.

Die Internationalität und der Krieg.

In einem ungemein gehaltvollen Artikel behandelt Karl Kautsky im letzten Hefte der 'Neuen Zeit' (vom 29. November) die Frage, die jedem Klassenbewußten Sozialdemokraten auf der Seele brennt, die nämlich, wie der Krieg auf den tragenden Charakter der proletarischen Bewegung, auf die sozialdemokratische Internationalität einwirken werde.

Kautsky beginnt mit der Untersuchung, ob die Parteinarahme im Kriege mit der sozialdemokratischen Gesinnung unvereinbar sei. Darüber sagt er:

Von verschiedenen Seiten, sogar von einzelnen Parteigenossen wird behauptet, die Sozialdemokratie habe in dem jetzigen Kriege eine schwere Niederlage erlitten. Weber das Wesen dieser Niederlage sind freilich unsere Kritiker nichts weniger als einig. Die einen meinen, unser Programm und unsere Taktik hätten sich als falsch erwiesen, eine 'Neuorientierung' der Partei sei am Platze. Andere wieder meinen, unser Programm und die Grundsätze unserer Taktik seien richtig gewesen, aber die Partei habe sie durch ihre Praxis während des Krieges verlassen.

Darüber wird man nach dem Kriege, wenn eine offene Diskussion möglich ist, noch manches zu sagen haben. Es dürfte jedoch nicht unnütz sein, heute schon zu konstatieren, daß jene Kritik keineswegs allgemein gläubig hingenommen wird.

Es ist in der Tat nicht recht einzusehen, warum unsere Partei einer Neuorientierung bedürfen soll. Der Ausbruch des Krieges bedeutet nicht einen Bankrott, sondern eine Bestätigung unserer theoretischen Anschauungen. Denn gerade sie ließen uns den Weltkrieg als eine unvermeidliche Notwendigkeit erkennen, unter der Voraussetzung, daß die Weltpolitik der Großstaaten keine Aenderung erfuhr. Hätten die Mächte Europas die von der internationalen Sozialdemokratie befürwortete Politik akzeptiert, der Weltkrieg wäre unserer Generation erspart geblieben. Je mehr der Geist dieser Politik beim Abbruch des Friedens herrschen wird, desto zweckmäßiger und desto dauernder verpflichtet er zu werden.

Wir haben nichts zu bereuen, nichts zu revidieren. Wir fühlen uns in den Anschauungen entschieden bekräftigt, die wir bis zum Kriege vertrat.

Gründlicher ist die entgegengelegte Beihuldigung: nicht die, daß wesentliche unserer grundsätzlichen Anschauungen falsch seien, sondern daß viele aus unseren Reihen nach dem Ausbruch des Krieges wesentliche grundsätzliche Anschauungen, die richtig seien, preisgegeben hätten. Die Haltung der Genossen in verschiedenen kriegführenden Ländern sei unvereinbar mit den Grundätzen der internationalen Solidarität und habe die internationale Vereinigung gestört.

Auch da über müssen wir die Diskussion bis nach der Beendigung des Krieges verschieben, soweit sie die einzelnen konkreten Fälle betrifft. Aber eine rein theoretische Erörterung, die nicht ein bestimmtes Land ins Auge faßt, sondern von den allen kapitalistischen Großstaaten gemeinsamen Verhältnissen ausgeht, kann heute schon helfen, manches Mißverständnis zu beseitigen, manche Reibung zu vermeiden.

Es gibt Leute, die behaupten, die Internationale habe verarzt, weil es ihr nicht gelang, den Krieg zu verhindern. Diese strengen Kritiker verlangen von der Internationale eine Leistung, die bisher noch nie in der Weltgeschichte geleistet worden ist: daß eine Partei, die noch so schwach ist, die politische Gewalt zu gewinnen und die Politik der Staaten zu bestimmen, die Kraft haben sollte, die unvermeidlichen Konsequenzen dieser Politik unter allen Umständen zu verhindern.

Nicht so einfach verhält es sich mit der Forderung, im Kriege nicht Partei zu ergreifen. Es wird behauptet: wer gegen den Ausbruch eines Krieges aus Gründen der Internationalität war, dürfe nach dem Ausbruch nicht Partei für die eine oder andere Seite ergreifen. Das bedeute eine Anerkennung des Krieges, eine Verletzung der Internationalität, die alle Völker gleich hochstellt und jede Feindseligkeit gegen eines von ihnen verurteilt.

Stimme das, dann wäre freilich die Internationale durch den Krieg völlig folgeschlagen; dann gäbe es aber auch kaum einen Parteigenossen, der sich noch rühmen

könnte, auf dem Boden der Internationale zu stehen. Denn wenn es ein Ereignis gibt, dem man nicht gleichgültig gegenüber bleiben kann, das zur Parteinarahme, und zwar zu leidenschaftlicher Parteinarahme förmlich zwingt, dann ist es ein Krieg. Selbst in den neutralen Ländern werden sich die meisten Genossen für eine oder die andere der kämpfenden Parteien entschieden haben. Die Neutralität kann stets nur die Verpflichtung zum Verzicht auf jede Parteinarahme durch praktische Maßnahmen, nie eine Pflicht zum Verzicht auf jede Parteinarahme durch Urteile und Wünsche in sich schließen.

Kein Zweifel: es kann eine Parteinarahme im Kriege geben, die mit der Internationalität unvereinbar ist. Aber zum Glück gilt das nicht von jeder Parteinarahme. Entscheidend sind die Motive, aus denen man Partei ergreift.

Wer sich von dem Sage leiten läßt: Right or wrong, my country — Mag mein Staat recht oder unrecht haben, ich stehe auf jeden Fall zu ihm —, der stellt sich damit sicher außerhalb der Internationale, wenn er jemals darin gestanden haben sollte.

Anders steht die Sache, wenn man bei der Parteinarahme ausgeht von Interesse des Staates, sondern von dem der Gesamtheit des Proletariats und sich fragt: Wessen Sieg bietet für den Fortschritt unserer Sache nicht nur im eigenen Staate, sondern in der Welt bessere Aussichten? Wie immer die Antwort lauten mag, sie wird nie die Grundsätze der Internationalität verletzen, die davon ausgeht, daß die Interessen des Proletariats eines Landes solidarisch sind mit denen des Proletariats der anderen Länder, daß es in einem Lande keinen dauernden Fortschritt erringen kann, wenn es in den anderen Ländern Rückschritte macht.

Die internationale Solidarität besagt jedoch keineswegs, daß die Antwort überall gleich lauten muß. Im Gegenteil, ein einstimmiges Urteil der Sozialdemokratie in einem Kriegsfalle war bisher äußerst selten zu erzielen.

Kautsky erhärtet nun diese Tatsache mit einem Ueberblick über die Kriege des vorigen Jahrhunderts. Schon im Krimkrieg (1854/56) zeigte sich, 'der Keim einer bemerkenswerten Differenz zwischen Lassalle auf der einen, Marx neben Engels auf der anderen Seite, eine Differenz, die mit mannigfachen Variationen bis heute in der Internationale wirkt'. Scharf trat der Gegensatz im Jahre 1859 (Oesterreichisch-Italienischer Krieg) zu Tage; Marx wie Engels stellten sich entschieden auf Seite Oesterreichs; Lassalle erschien dagegen Oesterreich der ärgere Feind der Demokratie als Rußland und als der napoleonische Despotismus. Ähnliche Gegensätze zeitigte das Jahr 1866, wo die Lassalleaner (Schweizer) rückhaltlos auf Seite Preußens standen, Bebel und Liebknecht das großdeutsche Programm vertraten. Im Jahre 1870 wurde Bebel und Liebknechts Stimmenthaltung von der Beschließung der Kriegskredite von dem Parteivorstand entschieden mißbilligt. Selbst in Kriegen, an denen Deutschland nicht beteiligt war, zeigten sich derlei Differenzen. Im Russisch-Türkischen Kriege (1876) waren 'auf der Seite der Türkenfreunde' die alten und angefeindeten Genossen, Liebknecht, Marx, Engels; Kautsky führte die Polemik 'in Gegensatz zur Auffassung unserer Alten'. Im Jahre 1897, in dem Kriege der Griechen mit der Türkei, vertrat Liebknecht den türkischen Standpunkt; der entgegengelegte wurde von Bernstein, Rosa Luxemburg, Kautsky vertreten. So gibt es also, sagt Kautsky, 'kaum einen Krieg, der nicht Sozialdemokraten zur Parteinarahme, oft leidenschaftlichen Parteinarahme für den einen oder den anderen Teil der kämpfenden herausforderte und der nicht dabei zu erheblichen Differenzen zwischen ihnen führte. Niemandem aber wäre es eingefallen, in dieser Parteinarahme eine Verletzung der Gebote der internationalen Solidarität oder eine Gutheißung des Krieges zu erblicken.'

Nun definiert Kautsky das dem Kriege eigentümliche Problem für den Sozialdemokraten:

Ein Krieg ist kein Kampf von Klassen, sondern zunächst von Regierungen. Auch in demokratischen Staaten sowie dort, wo die Volksmasse für den Krieg begeistert ist. Der Krieg wird von Regierungen und an Regierungen erklärt, durch Regierungen geleitet. Wohl sind diese nur die Sachwalter oder Werkzeuge bestimmter Klassen, aber wo Staaten gleicher ökonomischer Struktur miteinander

in Konflikt geraten, wird es haben wie drüben die gleiche Klasse sein, die den Kampf leitet, und diese Klasse wird nirgendwo das Proletariat sein. An der Art des Ausganges des Krieges ist es aber trotzdem interessiert. Direkt steht dabei wohl kein proletarisches Interesse auf dem Spiele, aber indirekt können die Bedingungen seiner Entwicklung und seines Kampfes durch den Sieg der einen Regierung gefördert, den der anderen gehemmt werden. Darum muß es im Kriege Partei ergreifen, auch wenn es den Krieg selbst noch so sehr verurteilt. Welche Partei es ergreifen soll, dies ist eben das besondere Problem, das der Krieg für den Sozialisten mit sich bringt; dies, und nicht die Frage der zweckmäßigsten Taktik, die von den Kriegführenden anzuwenden, eine militärtechnische Frage, die uns als Sozialisten nichts angeht.

Diese Parteinarahme ist im Kampfe der Nationen nicht wie im Kampfe der Klassen von vornherein für den Sozialisten gegeben und dadurch, nicht aber durch Beschränkung auf bloßes Protestieren oder Vermeidung jeder Parteinarahme, unterscheidet sich der internationale vom nationalistischen Standpunkt. Man kann von dem einen wie dem anderen Standpunkt aus zu der gleichen Parteinarahme kommen, zu der Unterstützung der eigenen Regierung. Der Unterschied besteht darin, daß für den Nationalisten dieses Ergebnis von vornherein ohne jede Ueberlegung als Axiom feststeht, für den Internationalisten dagegen das Resultat eines Abwägens aller für das internationale Proletariat möglichen Konsequenzen des Kriegsausganges darstellt.

Damit ist aber auch gesagt, daß die Internationalisten dabei zu sehr verschiedenen Auffassungen gelangen können, schon je nach dem verschiedenen Tatsachenmaterial, aus dem jeder einzelne seine Entscheidung folgert. Die sozialistischen Parteien verschiedener Nationen können dabei in ihren Auffassungen auseinandergehen, aber ebenso die Sozialisten innerhalb einer Nation. Handelt es sich doch dabei um höchst komplizierte Verhältnisse, darunter Verhältnisse fremder Nationen, mit denen man oft unvollkommen bekannt ist. Es handelt sich oft um rascheste Stellungnahme auf Grund unzureichender oder einseitiger Mitteilungen. Und endlich handelt es sich um Möglichkeiten, bei deren Ausdenken die Phantasie nur geringe Schranken hat. Besteht der Friedenszustand in der ständigen Wiederholung derselben Prozesse, so daß es eine große geistige Kraftanstrengung kostet, sich im Geiste Verhältnisse vorzustellen, die bedeutend von ihnen abweichen, so bricht mit einem Kriege jede feste Basis des Befehlenden zusammen, das Reich unbegrenzter Möglichkeiten scheint gekommen. Niemand weiß, wie gewaltig Sieg oder Niederlage sich gestalten können, sieht das schlimmste Ende für diese, überschwinglichen Auffassung für jenen voraus. Sich im Kriege und namentlich bei Kriegsausbruch von phantastischen Uebertreibungen fernzuhalten ist ebenso schwer, wie im Frieden die gedankenlose Routine durch weitere Ausblicke zu überwinden.

Praktisch wichtig ist folgendes: Die Haltung des Internationalisten ist nicht wie die des Nationalisten von vornherein und für die ganze Dauer des Krieges gegeben. Sie beruht auf der Einschätzung gewisser Situationen und Möglichkeiten und kann sich ändern, wenn die Situationen wechseln oder an Stelle vager Möglichkeiten greifbare Ergebnisse auftauchen. Je klarer und eindeutiger dann die ganze Lage wird, desto eher besteht die Möglichkeit, daß die Meinungsverschiedenheiten verschwinden, die bei Ausbruch des Krieges auftauchen, und daß die Sozialisten wieder zu einer einheitlichen Stellung gelangen.

Das wird um so leichter möglich werden, je mehr sie sich im Anfangsstadium des Krieges mit seinen unbestimmten Möglichkeiten hüten, ihre inneren Gegensätze zu öffentlichem Zank auszudehnen, und je mehr sie später auf Rechthaberei und Reklamationen über die Differenzen aus der Zeit der ersten Unsicherheit verzichten.

Musterhaft wurde darin die deutsche Sozialdemokratie 1870.

Schon am 26. Juli schrieb Liebknecht an Bracke:

Der dritte Punkt — betreffend die Stellung zur preußischen Regierung in dem jetzigen Faror teutonien — findet uns uneinig, weil unsere Parteimitglieder in Nord- und Süddeutschland, je nach ihrem Wohn- und Aufenthaltort, unter dem Einfluß der Lokalstimmung, die Frage verschieden auffassen. Es ist sehr schwer, sich dieser Lokalstimmung in Zeiten der Aufrührung, wie der jetzigen, zu entziehen. Und ich nehme Euch Euren patriotischen Eifer deshalb nicht allzu übel; aber seid auch Euererseits tolerant. Wenn Ihr mit Bebel und meinem Verhalten auf dem Reichstag nicht einverstanden seid, so muß dieser Zwist jetzt um jeden Preis beigelegt oder wenigstens ein offener Ausbruch vermieden werden. Es darf in einem Moment wie dem jetzigen in der Partei nichts vorkommen, was wie Uneinigkeit aussähe, und ich beschwöre Euch, alles zu unterlassen, was die Differenzen verschärfen könnte.

So wurde auch gehandelt und nichts wäre über die ganzen Parteidifferenzen jener Zeit in die Öffentlichkeit